

Luxembourg, le 10 juin 2023

---

**Entschließung zur Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union**

**Ausschuss für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten, Verteidigung,  
Zusammenarbeit und Immigration**

**(Übersetzte Fassung)**

---

Die Rechtsstaatlichkeit in der EU ist ein ständiges Anliegen. Obwohl viele Institutionen versuchen, die demokratischen Grundlagen dieser Organisation zu schützen, ist die Bedrohung dieser Prinzipien, der Gründungsgrundlage der EU, größer als je zuvor.

Angesichts der Zunahme des Extremismus in vielen Mitgliedstaaten, der eklatanten Missachtung des Grundsatzes, dass das Gemeinschaftsrecht Vorrang vor nationalem Recht hat, durch einige Länder und der Aufdeckung eines der größten Korruptionsskandale, die die Europäische Union je erlebt hat, müssen wir als Europäer\*innen zusammenkommen und uns auf die Grundwerte besinnen, die wir alle teilen und die ein harmonisches und kooperatives Zusammenleben von 27 Ländern und mehr als 447 Millionen Bürger\*innen gewährleisten.

Die Grundprinzipien der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte, der Menschenwürde und des Schutzes der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, aus Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) sind bedroht. Der Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022 hat gezeigt, dass diese Prinzipien, die unter allen Umständen als selbstverständlich angesehen werden, in vielen Mitgliedstaaten aktiv untergraben werden.

Um allen EU-Bürger\*innen die gleichen Chancen für eine bessere Zukunft zu geben, hat das Jugendparlament Vorschläge zur Bekämpfung von Korruption und Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ausgearbeitet.

- A. Das Jugendparlament ist zutiefst besorgt über den Mangel an Medienfreiheit in einigen EU-Mitgliedstaaten wie Polen<sup>1</sup> und Ungarn<sup>2</sup>, insbesondere über die Verfolgung oder Inhaftierung von Journalist\*innen.
- B. Das Jugendparlament ist alarmiert durch die Justizreformen<sup>3</sup>, die von den Regierungen einiger EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden.
- C. Das Jugendparlament stellt fest, dass einige europäische Länder wie Polen<sup>4</sup> <sup>5</sup>, die Slowakei und Spanien weiterhin den Vorrang des nationalen Rechts vor dem europäischen Recht<sup>6</sup> befürworten und dass Polen seine Verfassung nicht vollständig an die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) festgelegten Grundsätze angepasst hat.
- D. Das Jugendparlament ist zutiefst besorgt über die Hetzkampagnen der ungarischen Behörden gegen bestimmte Minderheiten wie LGBTQ+-Personen und die Roma-Minderheit.
- E. Das Jugendparlament bedauert, dass der Europäische Rat einstimmig handeln muss, um Artikel 7 Absatz 2 EUV<sup>7</sup> zu aktivieren.
- F. Das Jugendparlament ist zutiefst besorgt über die Korruption in der EU, einschließlich
1. den jüngsten Katar-Korruptionsskandal im Europäischen Parlament;
  2. das hohe Maß an Korruption in Mitgliedsländern, wie denjenigen, die der Union seit 2004 beigetreten sind.
- G. G. Das Jugendparlament bedauert, dass der Europäische Rat mit einer Vierfünftelmehrheit handeln muss, um Artikel 7(1) EUV zu aktivieren.

---

<sup>1</sup> <https://rsf.org/fr/pologne-le-parti-au-pouvoir-renouvelle-des-pressions-politiques-et-r%C3%A9glementaires-sur-les-m%C3%A9dias>

<sup>2</sup> <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2021/11/hungary-governments-stranglehold-media-poses-serious-risks-human-rights-un>; <https://rsf.org/fr/nsopegasus-17-journalistes-de-7-pays-se-joignent-aux-plaintes-d%C3%A9pos%C3%A9es-par-rsf-%C3%A0-l-onu-et-devant-la>

<sup>3</sup> <https://www.theguardian.com/world/2022/aug/14/viktor-orban-grip-on-hungary-courts-threatens-rule-of-law-warns-judge>

<sup>4</sup> <https://www.cuatrecasas.com/en/global/competition-eu-law/art/eu-primacy-of-eu-law-and-polands-constitutional-court>

<sup>5</sup> <https://www.robert-schuman.eu/en/european-issues/0615-the-rule-of-law-in-poland-or-the-false-argument-of-the-primacy-of-european-law>

<sup>6</sup> <https://bridgenetwork.eu/2022/06/30/the-rule-of-law-crisis-supremacy-eu-law/> ; [https://commission.europa.eu/system/files/2022-07/com\\_2022\\_344\\_2\\_en.pdf](https://commission.europa.eu/system/files/2022-07/com_2022_344_2_en.pdf)

<sup>7</sup> Art. 7 TUE [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0002.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0002.02/DOC_1&format=PDF)

Le Parlement des Jeunes,

1.

- a. fordert die Abgeordnetenkammer und die luxemburgische Regierung auf, die Initiative der Europäischen Kommission für ein Gesetz zur Medienfreiheit<sup>8</sup> zu unterstützen.
- b. bekräftigt, dass sich die Mitgliedsländer durch die Ratifizierung
  - i. der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen<sup>9</sup>
  - ii. der Charta der Grundrechte der Europäischen Union<sup>10</sup>
  - iii. von Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union<sup>11</sup>

zum Schutz der Pressefreiheit und zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung verpflichtet haben.

2.

- a. unterstützt die Einrichtung eines verstärkten Überwachungsmechanismus für die Justiz der EU-Mitgliedsländer und die Veröffentlichung eines halbjährlichen Berichts, der
  - i. die Unabhängigkeit der Justiz bewertet;
  - ii. die Effizienz der Justiz anhand der Empfehlungen aus den Kommentaren zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ermittelt.

---

<sup>8</sup> Ziel des Medienfreiheitsgesetzes ist es, die Unabhängigkeit der Medien zu gewährleisten, indem es insbesondere den Einsatz von Spyware gegen Journalisten verbietet oder die Nichteinmischung in redaktionelle Entscheidungen vorschreibt (Quelle : [European Media Freedom Act \(europa.eu\) Carriages preview | Legislative Train Schedule \(europa.eu\) https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_5504](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_5504))

<sup>9</sup> Universal Declaration of Human Rights (1948): Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference, and to seek, receive, and impart information and ideas through any media regardless of frontiers. (Art. 19) (<https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/043/88/PDF/NR004388.pdf?OpenElement>)

<sup>10</sup> Toute personne a droit à la liberté d'expression. Ce droit comprend la liberté d'opinion et la liberté de recevoir ou de communiquer des informations ou des idées sans qu'il puisse y avoir ingérence d'autorités publiques et sans considération de frontières. (Art. 11 (1)) ; La liberté des médias et leur pluralisme sont respectés. (Art. 11 (2)) (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012P/TXT&from=EN>)

<sup>11</sup> <https://fra.europa.eu/en/publication/2017/mapping-minimum-age-requirements-concerning-rights-child-eu/entering-same-sex-civil-partnership>



- a. lokale NRO koordiniert und berät, insbesondere solche, die im Bereich des Schutzes der in Artikel 2 EUV genannten persönlichen Freiheiten tätig sind, um Sensibilisierungskampagnen, Diskussionen und den Austausch zwischen Bürger\*innen, politischen Entscheidungsträger\*innen und Mitgliedern der Exekutive zu fördern;
  - b. die Einrichtung eines neuen Fonds zur Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit (RoLSF<sup>15</sup>) verkündet, der 10 % jeder Geldstrafe erhalten wird, die von den Mitgliedstaaten für einen Verstoß gegen die in Artikel 2 EUV genannten Grundprinzipien gezahlt wird. Die erhaltenen Mittel werden von diesem Rat auf nationaler Ebene verteilt
5. ermutigt die luxemburgische Regierung, mit den verschiedenen europäischen Ländern Gespräche über eine Reform der europäischen Verträge zu führen, insbesondere über die Aktivierung von Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union.
6. fordert die Einrichtung eines Ethikgremiums innerhalb des Europäischen Parlaments, das
- a. die Einrichtung eines Transparenzregisters fördert, in dem jede\*r Interessenvertreter\*in seine\*ihre Vermögenswerte, deren Wert sein\*ihr monatliches Gehalt übersteigt, offiziell angeben muss;
  - b. die Umsetzung der Regelung überwacht und alle EU-Mitarbeiter\*innen identifiziert, die versuchen, die Regelung zu umgehen, indem sie ihr Vermögen an eine\*n enge\*n Freund\*in übertragen.
- 7.
- a. empfiehlt die Änderung der Anforderungen für eine Abstimmung im Europäischen Rat zur Feststellung, dass eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 2 genannten Werte durch einen Mitgliedstaat besteht, mit einer Zweidrittelmehrheit in Artikel 7 Absatz 1 EUV.
  - b. empfiehlt die Änderung der Anforderungen für eine Abstimmung im Europäischen Rat zur Feststellung einer schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung der in Artikel 2 genannten Werte durch einen Mitgliedstaat mit einer Zweidrittelmehrheit in Artikel 7 Absatz 2 EUV.

Selbstverständlich können die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen nicht über Nacht umgesetzt werden. Es versteht sich von selbst, dass es eine Übergangszeit geben wird. Dennoch können bereits einige Initiativen ergriffen werden.

---

<sup>15</sup> Rule of Law Support Fund

So kann sich die luxemburgische Regierung verpflichten, das Gesetz über die Medienfreiheit zu fördern und zu unterstützen, um die Presse- und Medienfreiheit in der EU zu schützen. Der Ausschuss schlägt einen halbjährlichen Bericht und die Einrichtung einer Whistleblower-Plattform innerhalb der Justiz vor, um Missbrauch in Gerichtsverfahren und bei der Ernennung von Richter\*innen aufzudecken. Darüber hinaus empfiehlt das Jugendparlament, dass die in der Europäischen Union bereits bestehenden finanziellen Sanktionen verstärkt werden, insbesondere um Verstöße zu verhindern. Die Schaffung eines Aufsichtsorgans für NRO soll Nichtregierungsorganisationen vor den missbräuchlichen Praktiken einiger europäischer Regierungen schützen. Schließlich betont das Jugendparlament, dass die in Artikel 7, Absatz 1 und 2 genannten Modalitäten geändert werden müssen, um die Arbeit der Europäischen Union zu erleichtern.

Abschließend fordern wir, dass die Frage der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und in den supranationalen Institutionen thematisiert wird und dass das Interesse und die Bedeutung eines solchen Vorgehens hervorgehoben werden. Wir fordern, dass das Thema ernsthaft behandelt wird, um die gemeinsamen Ziele der Union in der Zukunft zu erreichen.